

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Verkauf jeden Heftes 10 Pf. ...

Anzeigenpreis: Die 10 von dreizehn ...

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg, sowie sonstiger Staats- und Gemeindebehörden für den Amtsbezirk Frankenberg.

Nr. 231 Montag den 4. Oktober 1920 nachmittags 79. Jahrgang

- Die Mehl- und Kleinfleischpreise in weiter ausgebreiteter in den Gehöften von**
- | | | |
|-------------------------------|----------------------|------|
| 1. Frau Selma verw. Hesse | in Auerswalde Nr. 54 | |
| 2. Guisehler Emil Naumann | „ Dittersbach | 12 |
| 3. Horwieselberger Grundmann | „ | |
| 4. Schmiedemeister Hofmann | „ Mittenwalde | 16 B |
| 5. Frau Gräfin Wiskum | „ | |
| 6. Bruno Röder | „ Niederwiesa | B9 |
| 7. Bruno Günther | „ | B77 |
| 8. Otto Heller | „ | B15 |
| 9. Wittscholtz Paul Engelmann | „ Sachsenburg | 50 |
| 10. Frau Anna Hofmann | „ | 43 |
| 11. im Rittergut Frankenberg | „ | |
- In Dittersbach wird nunmehr der Sperrebesitz auf den ganzen Ort ausgedehnt. Auch in Mittenwalde erstreckt sich der Sperrebesitz auf den gesamten Ort, während das Beobachtungsgebiet die Gemeinde Dittersdorf mit Flöha umfaßt. Hundesperrung wird für Dittersdorf angeordnet. In Frankenberg erstreckt sich der Sperrebesitz auf den Guisehler, das Beobachtungsgebiet umfaßt die Stadt Frankenberg samt Flöha.

Unter Zustimmung des Stadtrates Frankenberg wird Hundesperrung für die Stadt Frankenberg angeordnet.

Die in der Bekanntmachung vom 15. 8. 20. - Nr. 189 des Frankenberger Tageblattes - aufgeführten Bestimmungen gelten auch für diese Sperrungsfälle.

Zusicherungen werden, soweit nicht härtere Strafe verurteilt ist, unanfechtbar mit Geld bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft.

Flöha, am 2. Oktober 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

Es wird hiermit anderweitig zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die hiesigen Bedammung verpflichtet sind, in jedem Falle der Juanipruquahme ihrer Dienste einen Auszug aus der Dienstausweisung für die Bedammung zur Verfügung des Arbeitgebers vom 6. Mai 1908 den Auftraggebern auszuhandeln.

Es liegt im Interesse der Letzteren, sich eingehende Kenntnis von den in der genannten Dienstausweisung enthaltenen Vorschriften zu verschaffen und deren genaue Befolgung zu fordern. Im Falle der Unterlassung der Ausübung des Auszuges wolle man dem unterzeichneten Stadtrat unverzüglich Anzeige erlassen.

Stadtrat Frankenberg am 1. Oktober 1920.

In Codesangst ein ernstes Wort...

Aus dem Kreise unserer Leser erhalten wir die nachstehenden Ausführungen eines langjährigen Parlamentariers, die uns der besonderen Beachtung aller Kreise wert erscheinen.

Die Schriftl. d. „Frankenb. Tagebl.“

Es ist erschütternd zu beobachten, wie immer noch nicht in den weitesten Schichten des Volkes der furchtbare Ernst unserer gegenwärtigen Lage erkannt wird. Gewisse denn, daß aus der Erkenntnis des Entsetzlichen die nötigen Entschlüsse hergeleitet würden.

Für jeden, der im öffentlichen Leben steht, ist es niederstemmend, Tag für Tag, immer und immer wieder die Erfahrung machen zu müssen, daß er im Grunde mit all seinen Mahnungen und Warnungen nur ein Prediger in der Wüste ist. Die Menschen wollen nicht sehen und nicht hören, sie sind taub für alle noch so wohl begründeten Ratsschläge. Sie leben in den Tag hinein, wie wenn wir uns Luxus, Glanz und Gloria nach Belieben gestalten könnten. Keiner will es mehr hören, daß wir einen furchtbaren vierjährigen Krieg reiflos verloren haben, daß wir ein niedergeworfenes Volk sind, und daß wir die Kriegsfolgen zu tragen haben, die seitdem die Welt heilt - nach keinem Volke der Erde jemals aufgebracht worden sind. Und, was das Schlimmste ist: Diese Kriegsfolgen machen sich jetzt erst ganz langsam geltend, bemerkbar. Ihre volle Wucht und Härte haben sie noch gar nicht offenbart. Wer aber macht sich heute Gedanken über all diese Dinge, von denen jede einzelne eine Zukunftsfrage für uns alle insgesamt, wie für jeden einzelnen von uns ist? Sprechen wir den Menschen von heute von dem Reiche furchtbaren Not und von der unter den heutigen Verhältnissen erhöhten Notwendigkeit, dem Reiche gegenüber durch Erfüllung der steuerlichen Pflichten zu helfen, dann begegnet man zuweilen Gedankengänge, die einen erschreckenden Einblick in die Geseswelt so mancher unserer Volksgenossen gewähren. Sagt man ihnen, daß sie heute mehr als je sparen und sich einschränken müssen, dann verweisen sie auf die mit Banknoten gefüllten Kassen und sagen höhnend: „Wie kann es uns schlecht gehen, wir haben ja Geld in Hülle und Fülle!“ Diese Loren bedenken nicht, daß das „Geld“ von heute bloß solange Wert hat, als es noch als Zahlungsmittel anerkannt wird, solange also, als es in den Geschäften als Gegenleistung für die erhaltenen Ware entgegengenommen wird. Wir wollen damit rund und klar heraus sagen, daß über Nacht die Möglichkeit, ja sogar die Notwendigkeit gegeben sein kann, daß der Staat erklärt, die Banknoten taugen keinen Pfifferling mehr. Diese Banknoten von heute sind nichts weiter als eine Anweisung auf einen bis über die Ohren verschuldeten Partner, aus dem nichts mehr herausgeholt werden kann. Wer die Leute leben in den Tag und in die Nacht hinein, lachend, jubelnd, tanzen, tanzen!

reihen droht. Aus dem Volke heraus muß der Ruf nach oben dringen, daß nun endlich, endlich mit aller Kraft daran gegangen wird, daß die vielfältigen Versprechungen und vor allem die durch den Ernst der Dinge notwendig gebotenen Maßnahmen, ohne alle Rücksicht in die Tat umgesetzt werden. Was haben wir nicht an solchen Versprechungen alles vernommen. Wo aber ist die Ausführung? Wie sieht es mit der Verwirklichung der Forderung der Sparsamkeit bei der Regierung selber? Wie ist es mit der Sparsamkeit bei der verwirklichten, daß die Kassen und Beständen immer weiter anwachsen, daß ein Haer neuer Kräfte, wie aus dem Boden gestampft, sich auf den Geldbeutel, beziehungsweise auf die Banknotenbänke, des deutschen Volkes wälzt, daß die Bürokratisierung immer weiter und immer unerträglichere Formen annimmt? Es ist leider wahr, daß mit dem Geld des deutschen Volkes in unverantwortlicher Weise oben „gehauert“ wird, und niemand läßt sich bilden, der mit der Faust dazwischen schlägt, und erklärt: „Bis hierher und nicht weiter!“ Und wenn Hunderte, ja selbst Tausende in großen Bogen fliegen müßten, so wäre das kein Schaden gegenüber den Hunderttausenden und Millionen, die bei der Fortführung einer solchen „Wirtschaft“ dem erbärmlichen Dasein zugeführt werden müßten. Das muß einmal ganz klar und deutlich ausgesprochen werden, es ist ein Jammer für das deutsche Volk und bezeichnend für das geistige Glend, in dem es sich befindet, um nicht zu sagen, für den Sumpf, in dem es sich steckt, daß der wohl begründete Kampf der Besten unseres Volkes gegen diese Zustände damit endet, daß diese Männer schamhaft gefeht werden, daß ihre Stimmen verhallen, daß man sich noch über sie lustig macht, und daß sich jedenfalls keine Hand rührt und keine Lippe aufstut, um dieses verdamnte Wirken zu unterbrechen.

Man muß die Frage aber auch auf die verantwortlichen politischen und parlamentarischen Faktoren richten, was sie getan haben, um die Fortdauer nach Sparsamkeit in den unter ihrer unmittelbaren Kontrolle und Verantwortlichkeit stehenden staatlichen Betrieben, Behörden und Kassen durchzusetzen. Solange sie hier nicht mit harter Hand eingreifen, haben sie das Recht verwirrt, gegen die tiefstrauige Verschwendung und die verdammenwerte Gemüthslosigkeit der Schichten des Volkes zu wethen. Solange da „oben“ das böse Beispiel herrscht, können sie nicht verlangen, daß die Massen da „unten“ Tugendbände sind.

Wie kommt es denn, daß die Moral so weiter Volkstreu so schauerhaft gelitten hat, daß die Verheerung und Verflachung von Volksschichten, die einst zu den festesten Säulen des Staates gehörten, immer weitere Fortschritte machen? Man höre doch einmal damit auf, dem Volke immer wieder einreden zu wollen, daß diejenigen, die sich zu Gemüthsst und Vergnügen, zu Schlemmerei und Verschwendung drängen, nur „Schieber“ seien! Gewiß: Das Gros wird von dieser Sorte unangenehmer Zeitgenossen gestellt! Aber man sehe sich doch nun einmal um, und man wird beobachten, daß auch sehr viel Angehörige des sonst als durchaus solide geltenden Bürgertums, des erwachenden selbstständigen Mittelstandes usw. vertreten sind. Die Gruppen der Festbesoldeten, der Kleinrentner und der kleinen Handwerker können sich das alles heute nicht leisten. In den anderen Schichten aber besteht doch die Tendenz, daß unter den heutigen Verhältnissen vielfach ja auch allzu leicht erworbenes Geld mit vollen Händen wieder ausgegeben wird, sei es, um sich vor dem Zusammenbruch, den man sehr wohl nahen fühlt, den man aber zu sehen und für den einzurichten man sich trampfhaft weigert, noch ein paar schöne Tage zu machen. Man sagt sich: „Lieber das Geld verprassen, als dem Staat in den Rücken werfen!“ Diese Zustände sind ein erschütterndes Zeugnis für den Niedergang der allgemeinen Volksmoral. Sie sind ein Beweis aber auch für das Sinken der Autorität und des Autoritätsgefühls. Wo aber soll das alles auch herkommen, wenn man Tag für Tag sehen muß, wie die Regierung täglich und stündlich um die Wahrung ihrer Autorität einen Kampf zu führen hat, wie ihr dieser Kampf erschwert wird, und wie sie sich dennoch immer und immer wieder von Drohungen einschüchtern läßt.

Reichsfinanzministers Dr. Wirth ist ein Sturm- und Warn-Signal, das uns in die Ohren gellen muß! Der Reichswagen rast den Abgrund hinab, und statt, daß alle Kräfte sich zusammenschlagen, um den Räder in die Speichen zu fassen, hängen sie sich noch an diesen Wagen und verursachen durch die Wucht ihrer Last einen nur um so rasenderen Lauf. Man möchte mit Engelszungen reden, um dem Volke die Dinge zu schildern, wie sie wirklich sind. Wir jedenfalls lassen es nicht daran fehlen. Wir wollen uns nicht zu Witzschulden machen, wenn eines Tages das alte, aber ewig wahre Sprichwort sich erfüllt: „Wer nicht hören will, muß fühlen!“ Wo alter Politiker und Parlamentarier, der sein ganzes Leben dem Wirken für das Wohl von Volk und Vaterland gewidmet hat, leide ich das Recht her, in Todesangst um mein Volk dies ernste Wort in letzter Stunde zu sprechen!

Von der Brüsseler Finanzkonferenz

Brüssel, 2. 10. Die heutige Sitzung der Finanzkonferenz brachte vor allen Dingen das bedeutungsvolle Projekt des holländischen Bankiers Termoulen. Nach diesem Projekt soll eine Organisation geschaffen werden, welche dem Warenverkehr hinsichtlich der Kreditabwicklung eine sichere Grundlage gewährleistet. Eine Zentralkommission, welche von mehreren Staaten gebildet wird, ist die Aufgabe zu übertragen, einen Sicherheitsfonds zu verwalten, welcher durch Steuern und andere Einnahmen der an dem Projekt beteiligten Staaten gespeist wird. Von dieser gehen auch Obligationen heraus, welche den eigentlichen Kreditverkehr zwischen den Importeuren und Exporteuren aller beteiligten Länder vermitteln sollen. Nur für den dringendsten Bedarf sollen Kredite gewährt werden, auch nur für Rohstoffe zur Herstellung von Halb- und Fertigfabrikaten, die wieder für den Export bestimmt sind. Aus dem Erlös des Exportes sind sodann die Obligationen einzulösen. Auch in der heutigen Nachmittagssitzung ergab die Besprechung über den Plan von Termoulen eine grundsätzliche Zustimmung. Er ist in der Tat ein wohl zu beachtender Vorschlag. Der Präsident der Konferenz bildete heute einen besonderen Ausschuss, welcher die Aufgabe hat, über die finanzielle Verfassung der einzelnen Länder einen Bericht zu verfassen. Von deutscher Seite ist in diesen Ausschuss Professor Dr. Loh-Münster gewählt.

In der Nachmittagssitzung äußerte sich der Franzose Avenol zu dem Vorschlage Termoulen über den internationalen Handelskredit dahin, daß dieser Vorschlag gegen denjenigen von Delacroix einen Fortschritt bedeute. Avenol sprach seine Zustimmung unter Vorbehalt aus, weil nach seiner Meinung eine internationale Organisation, welche die finanzielle Solidarität der Völker vergrößern würde, notwendig sei. Hierauf wurde die Erörterung geschlossen. Die Tagesordnung der Konferenz ist erschöpft. Nummeriert wird das Ergebnis der Ausschussberatungen entgegengesetzt.

Umgruppierung der deutschen Marine

Schwinebünde Hauptstützpunkt.

Die Entwertung der Rieker Fährde als Kriegshafen infolge Schließung der Festungswerke und die durch die Kohlenknappheit bedingte wirtschaftliche Notwendigkeit, die Minensuchverbände in der Nähe ihres Tätigkeitsgebietes zu stationieren, hat dazu geführt, einen Teil der Seestreitkräfte der Ostsee Schwinebünde als Hauptstützpunkt zuzuwenden.

Die Schiffsstammdivision, die die Besatzungen der noch in Dienst zu stellenden Schiffe in sich vereinigt, soll Stralsund als Standort erhalten.

Die beiden Seefestungen Schwinebünde und Pillau werden von der Marine besetzt.

In Kiel bleiben die wichtigsten Marinehörden, die bisher dort ihren Sitz hatten, ferner eine Küstenwachregiment und ein Teil der Seestreitkräfte.

Gegenwärtig befinden sich von der deutschen Flotte in Dienst zwei kleine Kreuzer und mehrere Minensuchflottillen. Es ist beabsichtigt, in der nächsten Zeit noch einen Kreuzer und das Minenschiff „Hannover“ in Dienst zu stellen. Der ganze Rest der deutschen Flotte nach dem Friedensvertrage eine Flotte besitzen, die aus 6 Minenschiffen, 6 Kreuzern, 12 Torpedozerstörern und 12 Torpedobooten besteht. Die von der Entente zugestellten 15 000 Mann Marineinfanterie reisen für eine solche Flotte aus. Eine raschere Indienststellung der Deutschland geliebten Kriegsschiffe ist vorläufig nicht möglich, da der größte Teil der Marine für Minensuchzwecke verwendet wird.

302

303

dritten Internationale noch angeschlossen habe. Weiter wendet sich die Zentralkommission der U.S.V.D. gegen das Verhalten Moskaus...

Arbeiterbewegung

Das neue gewerkschaftliche Betriebsrätegesetz ist in einer Ausschüttung des Gewerkschaftsrates deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände ins Leben gerufen worden.

Die Forderungen der sächsischen Bergarbeiter. In Hohenstein tagte eine Konferenz der Vertrauensleute des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands...

Aus Heimat und Vaterland

Frankenberg, den 4. Oktober 1920.

Die Kartoffelverträge zwischen aus. Im Reichsernährungsministerium in Berlin hat eine Konferenz der einzelstaatlichen Ernährungs- und Landwirtschaftsminister...

Die Ausstellung im Kaiserpalast. Es sei nochmals auf die Ausstellung am 9.-11. Oktober im Kaiserpalast aufmerksam gemacht.

Erneuerung des Versicherungsgesetzes zur Angestelltenversicherung. Nach § 196 Abs. 1 des Versicherungsgesetzes für Angestellte...

Sachsischer Kohlennot. Im August konnten in Sachsen 161 000 Tonnen Kohlenanforderungen der Industrie nicht gedeckt werden.

25 Jahre Bahnhofsverkehr. Am 1. Oktober hatten sich 25 Jahre vollendet seit der Einführung der Bahnfahrpläne auf den sächsischen Eisenbahnen.

Der Reichs-Verbraucherbund erklärt zur Kartoffelfrage folgende Randgedanken: Landwirtschaft ist die Grundlage der Ernährung...

Beacht bei der Kartoffelverteilung. Die Kartoffeln befinden sich diesmal bei der Verteilung meist nicht in dem Zustande, in dem sie bei den Konsumenten...

Überdorf. Des Reichsernährungsamts in Chemnitz hat in neuerer Zeit den Gefangenentisch in Überdorf in umfassender Weise neu vorrichten lassen...

Chemnitz. Nächsten Mittwoch, den 6. Oktober, wird nach Aufhebung der Zwangsverpflichtung des Fleisches der erste Schlachthofmarkt im Schlacht- und Viehhof zu Chemnitz wieder abgehalten werden.

Welpa. Eine Schwindlergesellschaft von hier, zwei Männer und zwei Frauen, haben einen Gastwirt in Halle um 10 000 Mark betrogen.

Germa. Dem Gutsherrn Kurt Thalmann im nahe Grethen wurde nachts im Stalle ein Fohlen vergiftet. Kurz nachdem er früh den Stall betreten hatte, fiel das Tier um.

Welsch. Nachdem schon in den letzten Tagen Streitigkeiten zwischen den Erwerbslosen und dem Rat der Stadt ausgebrochen waren, ist es am Freitagabend erneut zu Unruhen gekommen.

Waldruß. Aus einem tiefen Grundstück wurden in einer der letzten Nächte dreißig Äpfel, und neunzehn Birnen (Pyramiden), seit Jahresfrist verrotten, ausgegraben und gestohlen.

Reifensteil. Die bei den Börsen-Unruhen eingeschleppten vier Wägen an der Kaiser-Wilhelm-Straße und die Kaiserliche Villa an der Dörsinger Straße werden wieder neu erbeben.

Mensa. Am Abend des 2. September war es, wie schon oft gemeldet, Beamten der hiesigen Kriminalpolizei gelungen, einen großangelegten Erpresserplan aufzudecken.

Bermischtes

Schlafstiefel. Im „Luerfurter Tageblatt“ hatte - wie man es oft liest - ein Mann gewarnt, seiner Frau etwas zu borgen; diese aber führte ihren Ehegatten durch folgende Bemerkung in gleicher Zeitung gebührend ab:

Streit der Kaffeetrinker. Aus Kassel wird geschrieben: Wilhelmshöhe, das in Folge der Erinnerungen an die Zeit vor fünfzig Jahren, da dort Napoleon als Gefangener weilte, interessant geworden ist, war von jeher das Ideal der Bewohner von Kassel.

Die Besitzer dieser Lokale wollten nun diese alte Sitte abschaffen und die Kaffeehäuser dazu zwingen, den Kaffee fix und fertig zu beziehen. Diese machten aber einen Streit durch die Rechnung.

Wollwirtschaftliches

Banknotenfälschung unmöglich gemacht. Die Arbeit der Banknotenfälscher wird durch eine Erfindung erschwert werden, die soeben in Prag gemacht und bereits von der tschechoslowakischen Regierung erworben worden ist.

zunehmen ist, daß sich Banknotenfälscher die Einrichtung einer Papierfabrik leisten werden, gibt dieses Mittel einen beträchtlichen Schutz gegen Fälschungen.

Aufhebung der Zwangswirtschaft in der Industrie. In der weiteren Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages wurde nach längerer Besprechung der Zwangswirtschaft in der Industrie der Antrag Reinath (Dent), Rostke (Jtr.) und Gen. gegen 3 Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Erhöhung des Mindestkontingents der Brauereien auf 30 Proz. des Produktionsvermögens. Um die Brauindustrie wirtschaftlich schwer bedroht ist durch die Erhöhung des Mindestkontingents der Brauereien auf 30 Proz. des Produktionsvermögens festzusetzen, jedoch in Zukunft neben dem Einfluß der auch Vollkorn mit einem Stammwürzegehalt von 8 Proz. zugelassen wird.

Deutschlands Ausfuhr nach Amerika in einem Jahre verdreifacht. Obwohl offiziell noch immer zwischen Amerika und Deutschland der sogenannte Kriegszustand besteht, ist doch bereits ein reger Austauschverkehr zwischen beiden Ländern zu verzeichnen.

Turnen, Sport und Spiel

Kaisersport. Die 1. Mannschaft Reckers in Hartmannsdorf Hegersdorf; sie schlug nach teilweise überlegenem Kampfe die Hartmannsdorfer Sportvereinsmannschaft II mit 2:1, Punkte 0:0. Reckers I führte ein hohes Spiel vor; die vielbesungene Verteidigung von Hartmannsdorf verhinderte eine höhere Niederlage.

Aus den Gerichtssälen

60 000 Mark Geldstrafe für Tabakdiebstahl. Das Bürgergericht in Dortmund sprach eine ganz empfindliche Strafe wegen verbotenen Großhandels mit Tabakwaren und Steuerhinterziehung aus. Die Angeklagte, Frau Josephine Rögel, hatte monatlang fast täglich 12 000 unverschneuzte Zigaretten von Düsseldorf nach Dortmund geschmuggelt und ihr Ehemann hatte die Ware dann abgeholt.

Kunst und Wissenschaft

Ein Werk aus Schillers Nachlaß wird in dieser Spielzeit auf den deutschen Bühnen erscheinen. Bekanntlich hinterließ Schiller den vollkommen ausgearbeiteten Entwurf zu einem Drama: „Die Räuber“, dessen Grundgedanke sich in jeder Gesamtausgabe befinden und dessen gesamtes Material Gustav Kettner in „Schillers dramatischer Nachlaß“, Band 2, gesammelt hat.

Gachenburg. Dienstag, abends 1/9 Uhr Jungmännern. Mittwoch, abends 1/9 Uhr Gemeinheitsabend in Jüchendorf. Donnerstag, abends 8 Uhr Jahrgangerversammlung. Freitag, 8 Uhr Bibelstunde.

Nach Redaktionschluss eingegangene Meldungen

Die Frankfurter Messe. Frankfurt a. M., 4. 10. Der erste Tag der 3. Frankfurter internationalen Messe hatte einen Riesenerfolg aufzuweisen. Aus dem Auslande und besonders auch aus Irland erst Tagende von Einkäufern erschienen. Das Geschäft am ersten Tage war im ganzen recht bestrebend.

Die Spaltung der U. S. P. Stuttgart, 4. 10. Auf der Landesversammlung der Unabhängigen Württembergs in Cannstatt wurde die Spaltung der Partei vollzogen. Nach stürmischer Debatte über den schließlich angenommenen Antrag der Anhänger der Moskau-Verbindungen, den Landesvorstand neu zu wählen, verließen etwa 70 Delegierte den Versammlungssaal, während die Anhänger Moskaus, 170 Delegierte, weiter tagten.

Wiederannahme der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen? Paris, 4. 10. Bei Besprechung der zwischen dem deutschen Botschafter Mayer und dem Ministerpräsidenten Lyautey stattgefundenen Unterredung erklärt „Journal des Débats“, daß jedenfalls demnächst die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen wieder aufgenommen werden würden.

Das kommende internationale Finanzorgan. Paris, 4. 10. Wie die „Agence Havas“ aus Brüssel meldet, sei es jetzt schon fast sicher, daß die Finanzkonferenz sich für die Schaffung eines ständigen internationalen Finanzorganismus ausgesprochen werde, welcher unter dem Schutze des Völkerbundes das Werk der Konferenz von Brüssel fortsetzen werde.

